1. Ausfertigung

Textliche Festsetzungen

Erster Teil: Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit der BauNVO

§ 1 Art der baulichen Nutzung; Gliederung der Gewerbegebiete nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 4 BauNVO, § 1 Abs. 5 BauNVO

(1) In den mit der Ziffer ◇ gekennzeichneten Gewerbegebieten sind nicht zulässig: Einzelhandelsbetriebe nach § 8 Abs. 2 BauNVO zulässig; nicht zulässig sind auch § 1 Abs. 5 BauNVO, die unter den Nr. Nummer 1 - 148 (Abwandelsatz 1 - V) der Abteilungen zum Baudetail des Hörsters Fe (Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom) 23.1990 (SGBL NW 283) aufgeführten Anlagen sowie Anlagen im östlichen Bereich zugelegt.

(2) Nach § 1 Abs. 4 BauNVO sind nur Betriebe und Anlagen zulässig, die die Produktion von Lebensmitteln nicht beeinträchtigen.

(3) Nach § 31 Abs. 1 BauGB können ausnahmsweise die unter der lfd. Nr. 130 - 148 (Abwandelsatz 1 - V) der Abteilungen aufgeführten Anlagen zugelassen werden, wenn die von ihnen ausgehenden Emissionen so begrenzt werden, daß sie die von den allgemein zulässigen Anlagen dürfenden ausgehenden Emissionen nicht überschreiten. Die Begrenzung der Emissionen kann z. B. durch über den genehmigten Stand der Technik hinausgehende Maßnahmen oder Betriebsbeschränkungen erreicht werden.

§ 2 Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB

(1) In den in der Bebauungsplan-Änderung mit der Ziffer ◇ gekennzeichneten Gewerbegebietsflächen sind die nicht überbaubaren Grundstücksflächen zu mindestens 15 % gärtnerisch anzulegen mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.

(2) In den jeweiligen Gewerben sind die an die öffentliche Grünfläche (Straßenbaum) angrenzenden nicht überbaubaren Grundstücksflächen zu 100 % durch mit standortgerechten heimischen Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.

(3) Auf Stellplatzanlagen ist für je sechs Stellplätze ein Baum anzupflanzen. Die Anpflanzung muß jeweils auf der gesamten Anlage in regelmäßigen Abständen angeordnet werden.

◇◇ Anzahl und Pflanzen

Die Bepflanzungen sind fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

§ 3 Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

In den mit der Ziffer ◇ gekennzeichneten Baugebiet sind bei allen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten aufgrund der von der L 663 (OW 1) ausgehenden Lärmbelastung und der benachbarten, hervorgerufen durch den angrenzenden städtischen Betriebshof, für die Gebäude baulichen und sonstige Vorkehrungen zur Lärmminderung zu treffen. Diese Auflage (Vorkehrungen), wie in der nach folgenden Tabelle aufgeführt, sind überschritten werden.

Die Tabelle ist nur insoweit anzuwenden, als die dort genannten Kennwerte nach der, Festsetzungen über die Art der baulichen Nutzung zulässig sind

Kennzahl	Mittelungspegel
1	Schlafräume nachts in reinen und allgemeinen Wohngebieten, Krankenhäusern und Kurgebieten	30 dB(A)
1.2	in allen übrigen Gebieten	35 dB(A)
2	Wohnräume tagsüber in reinen und allgemeinen Wohngebieten, Krankenhäusern und Kurgebieten	35 dB(A)
2.1	in allen übrigen Gebieten	40 dB(A)
3	Kommunikations- und Arbeitsräume tagsüber Unterrichtsräume, Schulungsräume, Kindertagesstätten, Bibliotheken, Krankenäle und Vortragsräume, Amtsräume, Operationsräume, Kirchen, Andachtsräume	45 dB(A)
3.2	Büros für mehrere Personen	50 dB(A)
3.3	Großraumbüros, Gaststätten, Schalterhallen, Cafés	50 dB(A)

Sofern diese Werte nicht schon durch Grundrißanordnung und Baukörperplanung eingehalten werden können, sind schalldämmende Außenbauteile, wie z. B. Schallschutzfenster, Außentüren, Dachflächen, Wände etc. entsprechend der VDI-Richtlinie 2719 zu verwenden.

Nach dem Runderlaß vom 24.09.1998 (MBL NW S. 1440) des zuständigen westfälischen Ministers für Bauen und Wohnen beschließt DIN 4109 - Schallschutz im Hochbau - ist in Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens als Bestandteil der Bauvorlagen einen Bauteilnachweisgutachter auf den Baustelle abgestellt der Nachweis der Luftschutzbauteilen Schallschutzmaßnahmen zu erbringen.

§ 4 Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB in Verbindung mit § 9 (1) Nr. 25) - Begrünungen -

(1) Die Lärmschutzwände sind in ihrer Ausdehnung mit standortgerechten Kletterpflanzen grünordnerisch zu bepflanzen.

(2) Die Lärmschutzwände sind an Vorder- und Rückseite mit standortgerechten Kletterpflanzen grünordnerisch zu bepflanzen.

(3) Die Flächen sind zu 100 % durch mit standortgerechten, heimischen Sträuchern flächig zu bepflanzen.

(4) Die Flächen sind zu 100 % durch mit standortgerechten, heimischen Sträuchern flächig zu bepflanzen. Die Gehölze dürfen eine Endhöhe von max. 10 m über der ehemaligen Geländehöhe nicht überschreiten.

◇◇◇◇ Artenverwendung und Pflege

Die Bepflanzungen sind fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

§ 5 Verkehrsgrün (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB in Verbindung mit § 9 (1) Nr. 25) - Begrünungen -

(1) Die Flächen sind zu 100 % durch mit standortgerechten, heimischen Sträuchern und Bäumen flächig zu bepflanzen. Der Anteil an Bäumen muß 5 % betragen.

(2) Die Flächen sind zu 100 % durch mit standortgerechten, heimischen Sträuchern und Bäumen flächig zu bepflanzen. Der Anteil an Bäumen muß 5 % betragen.

(3) Die Flächen sind zu 100 % mit standortgerechten, heimischen Bäumen und Sträuchern flächig zu bepflanzen. Der Anteil an Bäumen muß 5 % betragen.

(4) Die Flächen sind zu 100 % durch mit standortgerechten, heimischen Sträuchern flächig zu bepflanzen.

(5) Die Abschnitte der Böschungswand sind dicht mit standortgerechten Kletterpflanzen flächig zu begrünen. Die Bepflanzung hat von der Rückseite zu erfolgen.

(6) Die Flächen sind zu 100 % durch mit standortgerechten, heimischen Sträuchern flächig zu bepflanzen. Die Gehölze dürfen eine Endhöhe von max. 10 m über der ehemaligen Geländehöhe nicht überschreiten.

◇◇◇◇ Artenverwendung und Pflege

Die Bepflanzungen sind fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

§ 6 Verkehrsflächen (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)

◇◇ Die Fläche ist mit Baumgruppen und Solitärsträuchern flächenhaft zu bepflanzen. Die Bäume und Sträucher dürfen eine Endhöhe von max. 10 m nicht überschreiten. Die Bepflanzungen sind fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

§ 7 Öffentliche Grünflächen (§ 9 (1) Nr. 15 BauGB in Verbindung mit § 9 (1) Nr. 25 a) und b) BauGB

(1) Die mit der Ziffer ◇ gekennzeichnete öffentliche Grünfläche ist der natürlichen Entwicklung zu belassen. Die Fläche ist mit einer mindestens 3-reihigen Hecke aus standortgerechten, heimischen Bäumen und Sträuchern abzugrenzen.

(2) Die mit der Ziffer ◇ gekennzeichnete öffentliche Grünfläche ist nach der Bepflanzung der natürlichen Entwicklung zu belassen. Die Fläche ist mit standortgerechten, heimischen Bäumen und Sträuchern (Baumanteil mind. 50 %) zu bepflanzen.

◇◇ Artenverwendung und Pflege

Die Bepflanzungen sind fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

§ 8 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Nr. 25 a) und b) BauGB)

Auf der mit der Ziffer ◇ gekennzeichneten Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft ist eine zweireihige Strauchpflanzung zu anzulegen.

In 150 qm Fläche ist mind. ein Obstgehölz als Hochstamm zu pflanzen. Die Wasserfläche ist einmal mit einer ein- bis zweimaligen Mahd pro Jahr auszuhalten.

Der westliche und südliche Randbereich ist mit einem Feldgehölzstreifen aus folgenden Gehölzarten anzupflanzen:

Hasel	- Corylus avellana
Hundsrose	- Rosa canina
Schlehdorn	- Viburnum opulus
Salweide	- Salix caprea
Schlehe	- Prunus spinosa
Faulbaum	- Rhamnus frangula

Im Bereich der Hochspannungsleitungen sind lediglich Gehölze anzupflanzen, deren Endhöhe nicht mehr als max. 3 m beträgt.

Die genaue Fläche ist fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

§ 9 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB

◇◇ (1) Die Stadt Dortmund hat das Recht, die mit der Ziffer ◇ gekennzeichnete Fläche mit einem Leitungsrecht zu belasten (unterirdisch).

◇◇ (2) Die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) hat das Recht, die mit der Ziffer ◇ gekennzeichnete Fläche mit einem Leitungsrecht zu belasten (unterirdisch).

◇◇ (3) Die Stadt Dortmund hat das Recht, die mit der Ziffer ◇ gekennzeichnete Fläche mit einem Geh- und Fahrrecht zu belasten.

Zweiter Teil: Gestaltungsfestsetzungen nach § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 81 Abs. 1 und 4 BauO NW

Gestaltungsfestsetzungen nach § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 81 Abs. 1 und 4 BauO NW

§ 10 Private Verkehrsflächen

◇ Sämtliche privaten Verkehrsflächen auf der Baugrundstücken wie Stellplätze, Garagenzufahrten und Eingangsbereiche sind mit Rasengittern, Rasenpflastersteinen, offenfugiger Pflasterung (Fugenbreite mind 23 mm) oder mit vergleichbaren wasserdurchlässigen Materialien zu befestigen.

§ 11 Einfriedungen

◇ Zur Begrünung der Grundstücke sind ausschließlich Hecken zu verwenden. Es sind standortgerechte, einheimische Gehölze anzupflanzen.

Die Anpflanzungen sind zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Entgrünende Arten sind der Begrünung zu diesem Bebauungsplan zu ersetzen.

§ 12 Abfallbehälter

◇ Im allgemeinen Wohngebiet sind Abfallbehälter außerhalb von Gebäuden grundsätzlich in Mülltonnenboxen anzuordnen. Ausnahmsweise besteht die Möglichkeit, Abfallbehälter in Müllschleusen unterzubringen. Ausgenommen hiervon sind die Bereiche, die für Sammelgroßbehälter eingerichtet sind. Die Standorte sind so anzuordnen, daß sie einerseits leicht erreichbar, andererseits jedoch von Aufenthaltsräumen, Kinderspielplätzen, Kindergärten, Schulen und ähnlichen Einrichtungen möglichst weit entfernt sind. Die Entleerung von Behälterboxen ist der Gemeinde die Unternehmerschaft nach den vom Rheinischen Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Olper (Tel. 02761 / 12 01, FAX 02761 / 24 66) erstellten Richtlinien zu gewährleisten. Die Abfallbehälter sind so aufzustellen, daß sie nicht sichtbar sind. Ausnahmen: Zufahrt zu erhalten (§§ 31 und 41 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen). Sofa diese nicht sondern von den Denkmalbehörden festgestellten sind. Die Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist beteiligt, das Bodendenkmal zu bergen, ausreichenden und für wissenschaftliche Erforschung für zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW).

Soweit durch diese Bebauungsplan-Änderung keine anderen Regelungen getroffen werden, gelten für die vorhandenen Baudenkmal die Bestimmungen des Textung zum Schutz des Baudenkmales in der Stadt Dortmund" in der jeweils gültigen Fassung.

Hinweise

◇ Bergbaueinwirkungsmöglichkeiten

Der Änderungsbereich liegt über den Grubenfeldern der Bahnhofer AG und der VEBA AG.

Es wird daher empfohlen, eine Einsichtnahme in das amtliche Grubenriß beim Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen zu beantragen und ggf. bestimmte, bauliche Vorkehrungen und Sicherheitsmaßnahmen gegen evtl. Bergschäden vor Baubeginn mit dem zuständigen Bergsachverständigen abzustimmen.

◇ Abfallprodukten

Der gesamte Spielplatz ist in der Oberschichtzone über Abraumdeponien und Abfallprodukten der Stadt Dortmund (Stand Juli 1991) nicht gekennzeichnet.

Im Hinblick auf die empfindliche Nutzung ist auf der als Kinderspielplatz vorgesehenen Fläche aus Vorbeugegründen vor Baubeginn des Kinderspielbereiches eine Bodenuntersuchung auf Schadstoffe durchzuführen. Sollte hierbei ein erhöhter Schadstoffgehalt festgestellt werden, muß ggf. in Absprache mit dem Umweltamt und dem Grundstückseigentümer über einer Abdeckung ein unbelastetes Materialboden erfolgen.

◇ Bei den gewerteten Flächenteil gilt:

Im Rahmen der Genehmigungsverfahren von Vorhaben in Anlagengs-Bereich ist in Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg die gültigen Normen der Technik, insbesondere der Verordnung der Gewerbeaufsicht", in Hinsichtlich, ob das in Gebiegenheit der Anlagen) entsprechende Oberflächenwasser nicht in die Kanalisation eingeleitet werden soll, müssen durch gültigen technische Maßnahmen auf den Grundstücken versickert kann.

Voraussetzung für die Versickerung ist die wasserrechtliche Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 23.09.1986 (BGBl. I S. 1529), für deren Erteilung die Untere Wasserbehörde zuständig ist.

Die Standorte von Brunnenwasser (z.B. zur Gartenbewässerung) ist in jedem Fall anfällig.

Bei Bodenfunden eines Bodendenkmäler (Scher- und/oder metergeschichtlicher Bodenfunde), d. h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen des Erdreiches, sind gemäß § 15 Denkmalschutzgesetz NW (DSchG NW) der Fundgegenstand / und oder erhaltenswerten Arbeiten zum Schutz eingestellt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde die Untere Denkmalbehörde und/oder der dem Rheinischen Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Olper (Tel. 02761 / 12 01, FAX 02761 / 24 66) anzuzeigen. Die Fundstelle ist bis zum Ablauf einer Woche nach Anzeige unverändert zu belassen. Zustand zu erhalten (§§ 31 und 41 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen). Sofa diese nicht sondern von den Denkmalbehörden festgestellten sind. Die Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist beteiligt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung für zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW).

Soweit durch diese Bebauungsplan-Änderung keine anderen Regelungen getroffen werden, gelten für die vorhandenen Baudenkmal die Bestimmungen des Textung zum Schutz des Baudenkmales in der Stadt Dortmund" in der jeweils gültigen Fassung.

---

11 Abmeldeliste 1990

Abteilungs-Lauf	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer Flurstück / Gemarkung	Bezeichnet
1	1000	1	12 (1)	Erstellung von Feuerversicherungen für den Eingang von Strom, Klärgas oder gleichartigen Betriebsstoffen, sowie Anlagen zur Verteilung dieser Stoffe, soweit sie nicht in den Nummern 2 bis 4 besonders aufgeführt sind
		2	123 (1)	Anlagen zur Trinkwasserversorgung mit Ausnahme von Kleinanlagen
		3	24 (1)	Anlagen zur Gewinnung von Kalkstein
		4	41 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Verwertung von Stoffen tierischer Herkunft, soweit sie nicht von der Nr. Anlagenteilen
		5	419 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Chemikalien
		6	41 (1)	Anlagen zur Druckguß- oder Stoffpressen oder sonstigen Weiterverarbeitung von Erdöl oder Erdölerzeugnissen, soweit sie nicht von der Anlagenbezeichnung nicht in den besonderen Nummern sind bei der Gewinnung von Paraffin
12	1000	7	119 (1)	Anlagen zur Verteilung von Verbrennungsöl von Kohle
		8	3.1 (1 + 2)	Anlagen zur Herstellung von Formsteinen unter Verwendung von Zement oder anderen hydraulischen Bindemitteln (z. B. Pressen (*)
		9	3.1 (1)	Anlagen zum Kalzen, Schmelzen oder Brennen von Erzen
		10	3.2 (1)	Anlagen zur Gewinnung oder Nichteisenmetallen (Blei, Zink, und Kupferschiefern)
		11	3.3 (1)	Anlagen zur Herstellung von Eisen, ausgenommen Legierungen mit einem Anteil an Nichteisenmetallen von mehr als 50 (*) Pressen, in Stahlwerken, Gießereien (*)
		12	3.3 (2)	Anlagen zur Herstellung von Eisenformen oder -teilen aus Stahl mit 50 (*) Pressen, in Stahlwerken, Gießereien (*)
		13	3.28 (1)	Anlagen zur Herstellung von Eisenformen oder -teilen vorwiegend aus Metall in Pressen (*)
		14	3.31 (2)	Anlagen zur Verarbeitung von Kunststoffen (*)
		15	3.31 (3)	Anlagen zur Herstellung von Zinn- oder Stahlbadenveredelungen mit Pressen (*)
		16	4.1 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Stahlbeton- oder Spannbetonfertigteilen, ausgenommen Anlagen zur Aufbereitungsanlagen
		17	4.29 (1) 4.4 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Stahlbeton- oder Spannbetonfertigteilen, ausgenommen Anlagen zur Aufbereitungsanlagen, Betonmischanlagen, Betonmischanlagen
		18	4.34 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Schweiß- oder Schneidvorrichtungen
		19	8.2 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Metallen, Metallegierungen oder Nichtmetallen
		20	7.25 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Anlagen, in denen Brennstoffe oder Erzeugnisse verarbeitet werden, soweit sie nicht in den Nummern 1 bis 19 besonders genannt sind (ausgen. Anlagen)
		21	7.30 (1)	Kunststoffverarbeitungen
		22	10.49 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Gaffelschiffen, Rührwerken oder Betonfertigteilen
		23	10.19 (1)	Anlagen zur Luftverflüssigung mit einem Durchsatz von 50 t und je Stunde oder mehr (*)
121	100	24	1.2 (1)	Kraftwerke und Blockheizwerke mit Feuerungsanlagen zur Erzeugung von Dampf, Warmwasser, Heißwasser, Thermalöl, Prozeß-, Kühl- oder Kühlwasser oder zur Wärmeerzeugung, soweit die Menge der Asche 50 kg/h oder mehr beträgt (*)
				b) bei Heizkraftwerken mehr als 200 MW Wärmeleistung
				b) bei Heizkraftwerken 300 MW überzeugt
120	100	25	1.13 (1)	Anlagen zur Herstellung von Zellstoff aus Holz, Stroh oder ähnlichen Faserstoffen (*)
		26	3.2 (1)	Anlagen zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen
		27	3.4 (1)	Anlagen zum Brennen von Bauxit, Dolomit, Gips, Kalkstein, Sinterglas, Steinzeug, Quarzit oder Schamotte (*)
		28	3.5 (1)	Anlagen zur Herstellung von Leichtbaustoffen unter Verwendung von Bindemitteln (z. B. Gasbeton, Bimsbaustoffe)
		29	3.6 (1 + 2)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Glas, Glaserzeugnissen, Glasfasern, Glasfritten oder Schmelzprodukten
		30	4.14 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Asphalt, Teer oder Teererzeugnissen
		31	4.16 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Dachpappe oder sonstigen Bedachungserzeugnissen
		32	4.18 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von phosphathaltigen Düngemitteln
		33	4.6 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Kohlenwasserstoffen
		34	5.2 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Herstellung von Holzfaserplatten
		35	7.29 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Lagerung von Holz, ausgenommen Anlagen zur Trockenlagerung
		36	7.34 (1)	Anlagen zur landwirtschaftlichen Raffinerien von Rohöl oder Verwendung von Steinkohlen oder Kohlenöl
		37	8.1 (1)	Anlagen zur mineralien oder ozonabbauen Treibgasen oder Halonen, ausgenommen Anlagen zur Verwendung
		38	8.8 (1)	Anlagen zur chemischen Aufbereitung von synthetischen Kautschuken, Harzen, Harzestern oder Harzen, ausgenommen Anlagen zur Herstellung von Lacken, Farben oder Klebstoffen
		39	- -	Aufbereitungsanlagen für schwerentflammbare Schäume
		40	- -	Kunststoffverarbeitungen
		41	- -	Anlagenteil, Spannverarbeitungen sowie Anstalten für Herstellung von Farbenvergasserern
2V	800	42	1.2 (1)	Anlagenteile und Elemente von Feuerungsanlagen für den Einsatz von Kohle (ausgenommen Anlagen zur Verwendung von Steinkohlenstaub) mit Feuerungswärmeleistungen von 100 MW bis 300 MW (*) bei Feuerwärmen mehr als 300 MW
		43	1.7 (1)	Anlagenteile und sonstige Schlackenbehandlungen von 2000 m³ oder mehr je Stunde
		44	1.8 (1)	Anlagenteile und sonstige Verwendungen von Brennstoffen mit einem Durchsatz von 20 t oder mehr je Stunde
		45	1.9 (1)	Anlagenteile und Verwendungen von Brennstoffen mit einem Durchsatz von 20 t oder mehr je Stunde
		46	1.10 (1)	Anlagenteile und Verwendungen von Brennstoffen mit einem Durchsatz von 20 t oder mehr je Stunde
		47	1.11 (1)	Anlagenteile und Verwendungen von Brennstoffen mit einem Durchsatz von 20 t oder mehr je Stunde
		48	1.19 (1)	Anlagenteile und Verwendungen von Brennstoffen mit einem Durchsatz von 20 t oder mehr je Stunde

Abteilungs-Lauf	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer Flurstück / Gemarkung	Bezeichnet
V	100	49	1.1 (1) 3.2 (1) 3.27 (1)	Anlagen zur Gewinnung von Steinkohle, Kohle aus Steinkohlen von Steinkohle (z. B. Kohlenstaub, Koks, Steinkohlenbriketts, Steinkohlenstaub) oder Verwendung von Steinkohle in einem Führen oder Kohle auf andere Wege befördert werden, die unter Leitung von 40 t oder mehr Kohle je Stunde
		50	3.27 (1)	Anlagen zum Brikettieren von Steinkohle
		51	5.6 (1)	Anlagen zum Pressen von Metallen mit Anlagen zur Verwendung von Kunststoffen
		52	3.1 (1)	Anlagen zur Herstellung von Portlandzement, Tonerdezement, Eisenhüttenzement, Hochofenzement, Trasszement, Sulfathüttenzement, Puzzolanzement, Kalkzement, Kalkhydrat, Kalkmergel, Kalkmergelzement, Kalkmergelzement, Kalkmergelzement